

Jahresabschluss (HGB) der  
Landwirtschaftlichen Rentenbank  
zum 31.12.2011



# Inhaltsverzeichnis

Lagebericht .....	2
Jahresbilanz .....	26
Gewinn- und Verlustrechnung .....	28
Anhang zum Jahresabschluss .....	30
Organe .....	49
Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....	52
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	53
Bericht des Verwaltungsrates .....	54

## Lagebericht

### Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2011 stand wiederum ganz im Zeichen der europäischen Staatsschuldenkrise. Deren Folgen sind inzwischen in der Realwirtschaft spürbar. Ab Mitte des Jahres schwächte sich die konjunkturelle Dynamik in wichtigen Industriestaaten wieder ab. Im ersten Halbjahr hatte die expansiv ausgerichtete Geld- und Fiskalpolitik des Vorjahres in vielen Ländern noch zu einer teilweise kräftigen Erholung geführt.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum nahm im Jahr 2011 um 1,5 % zu (nach einem Anstieg von 1,9 % im Vorjahr). Dabei war die Situation in den einzelnen Euro-Staaten sehr unterschiedlich. So befanden sich Griechenland und Portugal in einer Rezession, während Deutschland mit einem BIP-Wachstum von 3,0 % (Vorjahr: 3,7 %) den Euroraum-Durchschnitt erneut klar übertraf. Eine starke Exporttätigkeit in die Schwellenländer und eine sich erholende Binnennachfrage waren dabei wesentliche Impulsgeber. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf von 6,4 % auf 5,5 % (ILO-Standard). Anders im Euroraum: Hier stieg sie von 10,0 % auf 10,6 % bedingt durch die konjunkturelle Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte. Im Durchschnitt des Jahres blieb sie allerdings mit 10,1 % unverändert auf Vorjahresniveau.

Die Verbraucherpreise im Euroraum stiegen 2011 stärker als in den Vorjahren. Im Herbst wurde mit 3 % ein 3-Jahres-Hoch erreicht. Dazu führten insbesondere die steigenden Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel. Der Druck auf die Preise ließ jedoch zum Jahresende infolge schwacher Konjunkturaussichten und Basiseffekte nach. Im Jahresdurchschnitt lag der Anstieg bei 2,7 % nach 1,6 % im Vorjahr.

Die Europäische Zentralbank (EZB) straffte ihre Geldpolitik bis zum Sommer 2011, nachdem sie zuvor ihre Zinspolitik fast zwei Jahre unverändert gelassen hatte. Da die Inflationsgefahren im ersten Halbjahr vor dem Hintergrund der noch intakten wirtschaftlichen Erholung zunahmen, erhöhte die EZB im April und Juli ihren Leitzins um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 1,5 %. Angesichts steigender Risiken für das Wirtschaftswachstum und aufgrund des nachlassenden Preisdrucks senkte die Zentralbank ihren Leitzins aber im November und Dezember wieder in zwei Schritten auf 1,0 %. Die Refinanzierungsgeschäfte zur Bankenstabilisierung setzte die EZB ganzjährig fort. Darüber hinaus nahm sie im August die Käufe von Staatsanleihen zur Stützung von finanzschwachen Staaten des Euroraums wieder auf.

Die europäische Schuldenkrise spitzte sich 2011 wieder zu. Griechenland und andere hoch verschuldete Länder wie Italien und Spanien erhielten auf den internationalen Finanzmärkten Kredite kaum noch bzw. nur zu stark gestiegenen Zinsen. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) einigten sich daher auf die Einrichtung eines dauerhaften Rettungsschirms (Europäischer Stabilitätsmechanismus, ESM) für die angeschlagenen Euro-Staaten, der die vorläufigen Maßnahmen des bisherigen Rettungsfonds EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) ablösen soll. Mit der sich weiter verschärfenden Lage in Griechenland beschlossen EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) im Jahresverlauf darüber hinaus zusätzliche Hilfspakte für Griechenland, an denen sich auch der private Finanz-

sektor beteiligen soll. Außerdem sollen Schuldenbremsen und schärfere Defizitverfahren für die EU-Staaten die Staatsverschuldung langfristig eindämmen.

Diese Maßnahmen führten allerdings nicht zu der erhofften dauerhaften Stabilisierung der Finanzmärkte. Somit war auch das Jahr 2011 durch eine hohe Volatilität der Märkte gekennzeichnet. Viele Investoren zogen sich insbesondere ab der Jahresmitte aus risikoreicheren Anlagen zurück und bevorzugten sichere Anlageformen. Entsprechend gingen deren langfristige Renditen zurück. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen sank im September erstmalig unter 2 % und lag am Jahresende bei 1,83 %.

Für die deutsche Agrarwirtschaft verbesserten sich im Jahr 2011 die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das niedrige Zinsniveau beflügelte die Investitionstätigkeit, ebenso wie die teilweise wieder kräftig gestiegenen Agrarrohstoffpreise. Besonders hohe Zuwachsraten verzeichneten Investitionen in Biogasanlagen. Aufgrund der günstigeren Rahmenbedingungen ging gleichzeitig der Bedarf an Liquiditätshilfedarlehen zurück.

## Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2011 durch eine weiter hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen und eine – trotz anhaltender Finanzmarktkrise – stabile Entwicklung der Ertragslage gekennzeichnet. Programmkredite waren insbesondere wegen der regen Investitionstätigkeit im Agrarsektor sehr gefragt. Aufgrund der nach wie vor hohen Präferenz internationaler Anleger für sichere Anlagen gestalteten sich auch die Bedingungen der Mittelaufnahme weiterhin positiv.

Das Fördervolumen in der Bilanz erreichte insgesamt 66,7 Mrd. € (66,5 Mrd. €) und lag damit um 0,3 % über dem Vorjahr. Durch das höhere Neugeschäft bei Programmkrediten wuchs der Bestand an Förderkrediten um 1,5 Mrd. € bzw. 3,5 % auf 44,1 Mrd. € (42,6 Mrd. €). Dies ist in erster Linie eine Folge der wieder günstigeren Rahmenbedingungen in der Agrarwirtschaft. Das Volumen der verbrieften Finanzierungen sank aufgrund höherer Fälligkeiten und eines niedrigeren Neugeschäfts. Insgesamt erreichten im Geschäftsjahr 2011 die Neuabschlüsse im Fördergeschäft 11,9 Mrd. € (12,2 Mrd. €).

Im Berichtsjahr nahm die Bank an in- und ausländischen Kapitalmärkten 12,0 Mrd. € (10,6 Mrd. €) auf. Die Gesamtmarge nahm im Jahresverlauf leicht zu. Insgesamt blieb die Ertragslage stabil.

## Bilanz

Die Bilanzsumme wuchs 2011 um 2,8 Mrd. € (2,7 Mrd. €) bzw. 3,6 % (3,6 %) auf 81,3 Mrd. € (78,5 Mrd. €). Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus dem erhöhten Programmkreditvolumen. Die Eventualverbindlichkeiten betrugen 3,1 Mio. € (3,6 Mio. €). Die unwiderruflichen Kreditzusagen verminderten sich um 0,4 Mrd. € auf 1,0 Mrd. € (1,4 Mrd. €). Die Bank vergibt ihre Kredite grundsätzlich wettbewerbsneutral über andere Banken. Auf der Aktivseite der Bilanz fielen dementsprechend die Forderungen an Kreditinstitute mit einem Anteil von 63,7 % (63,1 %) be-

sonders ins Gewicht. Dieser Posten valutierte zum Jahresultimo mit 51,8 Mrd. € (49,5 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden nahmen um 1,2 Mrd. € auf 3,0 Mrd. € (1,8 Mrd. €) zu. Die in diesem Posten enthaltenen Kommunalkredite erhöhten sich um 1,2 Mrd. € auf 2,6 Mrd. € (1,4 Mrd. €). Die Bank hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations). Der Wertpapierbestand setzt sich fast ausschließlich aus Bankanleihen und -schuldverschreibungen zusammen. Er verringerte sich um 1,7 Mrd. € auf 25,2 Mrd. € (26,9 Mrd. €). Dieser Bilanzposten enthielt Anleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 24,9 Mrd. € (26,6 Mrd. €). Wertpapiere von nominal 40,0 Mio. € (132,1 Mio. €) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 0,7 Mrd. € auf 3,8 Mrd. € (3,1 Mrd. €). Die Tages- und Festgelder stiegen um € 0,3 Mrd. € auf 0,5 Mrd. € (0,2 Mrd. €). Die ebenfalls unter diesem Posten ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen betragen 1,3 Mrd. € (1,3 Mrd. €). Von den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist sind am Jahresende 1,6 Mrd. € zwischen einem und fünf Jahren und 0,9 Mrd. € in mehr als fünf Jahren fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 0,4 Mrd. € auf 6,0 Mrd. € (5,6 Mrd. €). Der Bilanzposten enthält überwiegend Namensschuldverschreibungen, die am Jahresende mit einem Bestandsvolumen von 4,5 Mrd. € (4,4 Mrd. €) ausgewiesen werden. Zum Bilanzstichtag sind von den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 1,6 Mrd. € zwischen einem und fünf Jahren und 3,4 Mrd. € in mehr als fünf Jahren fällig.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich um 0,7 Mrd. € bzw. 1,1 % und führte am Jahresultimo zu einem Ausweis von 62,8 Mrd. € (62,1 Mrd. €). Das Euro-Medium-Term-Note-Programm (EMTN) stellt mit 37,9 Mrd. € (35,8 Mrd. €) das wichtigste Refinanzierungsinstrument dar. Die Globalanleihen beliefen sich am Jahresende auf 12,2 Mrd. € (11,5 Mrd. €). Innerhalb der Geldmarktrefinanzierung verringerte sich der Bestand aus dem ECP-Programm auf 7,0 Mrd. € (10,1 Mrd. €).

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Die Rückstellungen verringerten sich um 67,6 Mio. € auf 398,2 Mio. € (465,8 Mio. €). Den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden brutto 5,3 Mio. € (5,7 Mio. €) zugeführt. Der Verbrauch für laufende Pensionszahlungen und ähnliche Verpflichtungen betrug 5,1 Mio. € (5,1 Mio. €). Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich um 0,2 Mio. € (-22,5 Mio. €) erhöht. Der Deckungswert ist auf der Grundlage eines Rechnungszinsfußes von 5,13 % (5,15 %) ermittelt worden.

Die anderen Rückstellungen verringerten sich um 67,8 Mio. € auf 313,4 Mio. € (381,2 Mio. €). Dieser Bilanzposten umfasst insbesondere den Förderbeitrag der Rentenbank zur Verbilligung der Programmkredite.

## Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2011 wurde durch eine stabile Ertragslage gekennzeichnet. Einschließlich der Ergebnisbeiträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen betragen die Zinserträge 2.831,9 Mio. € (2.834,3 Mio. €). Nach Abzug der Zinsaufwendungen von 2.414,7 Mio. € (2.425,1 Mio. €) errechnete sich ein Zinsüberschuss von 417,2 Mio. € (409,2 Mio. €). Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich auf 40,5 Mio. € (39,4 Mio. €).

Das Betriebsergebnis vor Vorsorge und Bewertung erhöhte sich um 1,0 % und betrug 369,8 Mio. € nach 366,2 Mio. € im Vorjahr.

Die Ergebnisse der Segmente „Fördergeschäft“, „Treasury Management“ sowie „Kapitalstockanlage“ entwickelten sich weiterhin positiv.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft sind ausreichend bemessen und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken. Zum 31.12.2011 wurden zur Berücksichtigung latenter Ausfallrisiken nach § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB Pauschalwertberichtigungen von 68,5 Mio. € auf Forderungen an Kreditinstitute, 0,9 Mio. € auf Forderungen an Kunden und Rückstellungen von 0,7 Mio. € gebildet. Einzelwertberichtigungen wurden auf Forderungen an Kreditinstitute von 5 Mio. € und auf Forderungen an Kunden von 2,6 Mio. € getätigt. Die Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve nach § 253 Abs. 4 HGB betragen zum Bilanzstichtag 0,1 Mio. €. Auf Wertpapiere des Anlagebestands nach § 253 Abs. 3 HGB wurden 10,0 Mio. € abgeschrieben. Die nach § 253 Abs. 5 HGB erforderlichen Wertaufholungen auf Wertpapiere des Anlagebestands in Höhe von 5,0 Mio. € wurden maximal bis zur Höhe der in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen durchgeführt.

## Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss wird 2011 mit 49,0 Mio. € (47,0 Mio. €) um 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr ausgewiesen. Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe sollen hieraus 36,75 Mio. € (35,25 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt werden. Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank beschränkt nach § 2 Absatz 3, Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Entsprechend wurde aufgrund des rückläufigen Volumens der zu deckenden Schuldverschreibungen ein Betrag von 21,4 Mio. € (29,2 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 12,25 Mio. € (11,75 Mio. €), der für eine Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes verwendet wird.

## Eigenkapital

Die bilanziellen Eigenmittel erreichen nach der Dotierung der Hauptrücklage und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 3.639,0 Mio. € (3.074,6 Mio. €).

Sie setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €
Grundkapital	135,0	135,0
Hauptrücklage	709,8	651,7
Deckungsrücklage	137,7	159,1
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.928,2	1.348,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	728,3	780,8
Gesamt	3.639,0	3.074,6

Die bilanziellen Eigenmittel erhöhten sich im Vergleich zu 2010 um 564,4 Mio. €.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 580,2 Mio. € auf 1.928,2 Mio. € aufgestockt. Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben sich wegen Fälligkeiten und wechselkursbedingten Umrechnungseffekten um 52,5 Mio. € vermindert (286,9 Mio. €). Der Anteil der offen ausgewiesenen haftenden Mittel an der Bilanzsumme betrug 4,5 % (3,9 %).

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31.12.2011 vor Feststellung des Jahresabschlusses auf 3.517,5 Mio. € (3.246,1 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung errechnete Gesamtkennziffer lag am Bilanzstichtag mit 25,7 % (24,5 %) weit über den gesetzlichen Mindestanforderungen.

## Rechnungslegungsprozess

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS)/Risikomanagementsystems (RMS) ist, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25.05.2009 und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ord-

nungsmäßiger Buchführung (GoB). Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den in der EU verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. In Handbüchern und Arbeitsanweisungen werden diese Regelungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche und regulatorische Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) stellt die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Rentenbank setzt in der Finanzbuchhaltung eigenentwickelte Finanzsoftware ein. Die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Durch Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermieden werden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, dass Fehler entdeckt und korrigiert werden. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

Sonstige Leistungsindikatoren

#### *Mitarbeiter*

Ende 2011 waren 240 (229) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Elternzeit und Vorstand) beschäftigt. Die zusätzlichen Stellen tragen insbesondere den weiter steigenden rechtlichen und technischen Anforderungen in der Marktfolge Rechnung.

Freie Stellen konnten mit sehr gut qualifizierten und engagierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden. Dies unterstreicht, dass die Bank am Finanzplatz Frankfurt zu den attraktiven Arbeitgebern zählt. Geschätzt wird – neben interessan-

ten und sicheren Arbeitsplätzen – insbesondere die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, wie sie im Förderauftrag und dem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell zum Ausdruck kommt. Im Berichtsjahr wurden alle fünf Trainees aus dem Programm 2010 übernommen und sieben neuen Trainees eine ebensolche Perspektive eröffnet.

Der Aufwand für Löhne und Gehälter ist 2011 mit 20,3 Mio. € (19,8 Mio. €) aufgrund der höheren Beschäftigtenzahl und der Tarifierhöhung um 0,5 Mio. € gestiegen. Die Höhe der „Sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen“ ging dagegen gegenüber dem Vorjahr auf 2,7 Mio. € (3,1 Mio. €) zurück, insbesondere weil 2010 durch die Verlängerung des tariflichen Vorruhestands den Rückstellungen einmalig 0,5 Mio. € zugeführt worden waren.

### *Nachhaltigkeit*

Das auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaute Geschäftsmodell der Rentenbank ist die Grundlage des Engagements für eine wirtschaftlich stabile, ökologische und sozial gerechte Gesellschaft. Wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns finden sich explizit im Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank. Im Rahmen ihres Fördergeschäfts finanziert die Rentenbank Investitionen der Agrarwirtschaft in erneuerbare Energien, Maßnahmen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, nachwachsende Rohstoffe, ökologischen Landbau und regionale Vermarktung sowie agrarbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz zu besonders günstigen Konditionen. In den letzten Jahren ist das Zusagevolumen der Programmkredite für Investitionen in nachhaltige Projekte stetig gewachsen – im Geschäftsjahr 2011 auf 2,7 Mrd. € (2,5 Mrd. €). Als Dienstleistungsunternehmen trägt die Bank auch in dem täglichen Betrieb zur Schonung der Ressourcen bei und geht sparsam mit Rohstoffen um. In der Bank wird regelmäßig geprüft, ob es weitere Einsparpotenziale gibt und es werden ökologische Aspekte in Entscheidungen und Verhaltensweisen mit einbezogen, beispielsweise bei den Mitarbeiterwohnungen oder der geplanten Sanierung des Bankgebäudes.

## Risikobericht

### Allgemeine Grundlagen

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur/Fischwirtschaft. Finanziert werden ebenfalls Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen sowie solche zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

Das Unternehmensziel der Bank, abgeleitet aus dem gesetzlichen Förderauftrag, ist die nachhaltige Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes. Die Geschäftstätigkeit der Bank ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Dabei ist darauf zu achten, dass die Bank auch in Zukunft jederzeit in der Lage ist, ihren Förderauftrag zu

erfüllen. Die Risikostruktur der Bank wird wesentlich von den durch Gesetz und Satzung vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

## Organisation des Risikomanagementprozesses

### *Risikomanagement*

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Vorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie der Rentenbank fest. Sie wird insbesondere von dem kontinuierlichen Förderauftrag der Bank und den Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die wesentlichen Geschäftsfelder Ziele und Maßnahmen zur deren Erreichung festgelegt. Die Strategien werden mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Bank analysiert im Rahmen der Risikoinventur, welche Risiken die Vermögenslage, die Ertragslage oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können. Auf dieser Grundlage wird die Wesentlichkeit der Risiken beurteilt. Alle Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risikomanagement-System und auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung limitiert bzw. gesteuert.

Risikomanagementfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft, Banken und Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Ein Risikohandbuch gibt einen umfassenden Überblick über alle Geschäftsrisiken basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert die Durchführung eines „Neue-Produkte-Prozesses“ (NPP). Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement.

### *Risikocontrolling*

Das Risikocontrolling ist organisatorisch in die Bereiche Finanzen und Banken eingebunden. Im Bereich Finanzen umfasst es die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung über die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken, die operationellen Risiken und die Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigungen von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Informationen oder Vorgänge und bei Nichteinhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) müssen umgehend in schriftlicher Form der Gesamtvorstand, die Interne Revision und ggf. die betroffenen Bereichs- und Abteilungsleiter informiert werden. Darüber hinaus werden der Vorstand und der Bilanz- bzw. Kreditausschuss des Verwaltungsrats mindestens quartalsweise über die gesamte Risikolage informiert. Unter Risikoge-

sichtspunkten wesentliche Informationen werden vom Vorstand unverzüglich an den Verwaltungsrat weitergeleitet.

Die Instrumentarien zur Risikosteuerung und -überwachung werden ständig überprüft und weiterentwickelt.

### *Interne Revision*

Die Interne Revision ist dem Vorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand besitzt ein Direktionsrecht zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates und der Vorsitzende des Bilanzausschusses können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Interne Revision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Bank einschließlich des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems.

### Risikotragfähigkeit

Alle wesentlichen Risiken der Bank werden im Rahmen der Risikoinventur, des NPP oder der täglichen Überwachungstätigkeit identifiziert und auf Konzentrationsrisiken hin untersucht. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagement-Systems ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung der an der Risikotragfähigkeit ausgerichteten Limite. Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicher stellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Dazu wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken der Bank einem Anteil des Risikodeckungspotenzials in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien gegenübergestellt. Liquiditätsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept mit Null angerechnet, da die Rentenbank über ausreichende liquide Mittel verfügt und sich im Übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt bzw. bei Marktstörungen im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite) beschaffen kann.

Ein Risikotragfähigkeitskonzept kann entweder auf einem „Going Concern-Ansatz“ oder einem „Liquidationsansatz“ basieren.

Im „Going Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen. Bei Eintritt der konservativ festgesetzten Stressszenarien müssen dabei immer noch genügend Kapitalbestandteile vorhanden sein, um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) von derzeit 4 % (Kernkapitalquote) bzw. 8 % (Gesamtkapitalquote) zu erfüllen.

Bei einem „Liquidationsansatz“ steht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stillen Reserven und Lasten vom Risikodeckungspotenzial abgezogen. Danach muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um

die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien abzudecken (fiktive Liquidation).

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Bank basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“. Der Betrachtungshorizont ist auf ein Jahr festgelegt.

Die Allokation des Risikodeckungspotenzials auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken ist auch Grundlage für die Vergabe der Globallimite für das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko. Die Limite wurden jederzeit eingehalten. Das Risikodeckungspotenzial basiert auf den Eigenmitteln nach IFRS und ist daher im Konzernlagebericht detailliert dargestellt worden.

Für weitere Aussagen zur Risikotragfähigkeit wird auf den Konzernlagebericht verwiesen.

Die Ergebnisse aus den Berechnungen zur Risikotragfähigkeit reflektieren die auf Nachhaltigkeit und Stabilität angelegte Risikostrategie.

## Adressenausfallrisiken

### *Definition*

Die Vergabe von Krediten und damit die Einschätzung und Übernahme von Adressenausfallrisiken ist ein wesentliches Element der Geschäftstätigkeit.

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko, das wiederum das Kontrahenten-, das Emittenten-, das Länder-, das Struktur-, das Sicherheiten- und das Beteiligungsrisiko beinhaltet, sowie das Settlement- und Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko sind der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das derivative Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Strukturrisiken (Klumpenrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken, die aus der unzureichenden Wertbeständigkeit von Kreditsicherheiten während der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjektes resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines bilanziellen Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit ist durch Gesetz und Satzung der Bank weitgehend bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes derzeit grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen EU-Land sowie Norwegen (seit 2011) vergeben, die Geschäfte mit landwirtschaftlichen Unternehmen sowie vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum betreiben. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko

liegt grundsätzlich bei der Hausbank. Da die Forderung gegen den Endkreditnehmer im Falle von Einzelrefinanzierungsdarlehen an die Rentenbank abgetreten ist, hat eine Wertminderung der vom Endkreditnehmer an die Hausbank gestellten Sicherheit unmittelbare Auswirkungen auf das gedeckte Geschäft. Endkreditnehmer Risiken sind Teil des Sicherheitenrisikos.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können Geschäfte mit Staaten, Regionen sowie staatlichen Einrichtungen in der EU getätigt werden. Darüber hinaus können mit deutschen Bundesländern auch allgemeine Fördergeschäfte abgeschlossen werden.

Risiken im Unternehmensgeschäft geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft und im Konsortialkreditgeschäft mit Unternehmen ein. Im Konsortialkreditgeschäft mit Unternehmen erfolgten in 2011 strategiekonform keine Neuzusagen.

Der Katalog der Fördermaßnahmen umfasst auch die Möglichkeit, im Rahmen des Risikokapitalfonds Agrarwirtschaft (bis zu einer Obergrenze von 100 Mio. €), geeigneten Unternehmen der Agrarwirtschaft Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, um etablierte Unternehmen in Form von Minderheitsbeteiligungen zu begleiten. Hier wurden bislang keine Geschäfte getätigt.

Zur Diversifikation der Kreditrisiken hat die Bank das Kreditgeschäft mit deutschen Bundesländern intensiviert.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft, Treasury oder Banken verantwortlich. Der Bereich Treasury ist für den Ankauf von Wertpapieren im Rahmen der verbrieften Finanzierungen, den Ankauf von Schuldscheindarlehen sowie für Neuabschlüsse im Geldgeschäft und bei Derivaten verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Die Bank tätigt keine Geschäftsabschlüsse mit Credit Default Swaps (CDS). Beim Neugeschäft werden nur Geschäftspartner berücksichtigt, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

#### *Organisation der mit Adressenausfallrisiken behafteten Geschäfte*

Der Vorstand der Bank bestimmt jährlich die Kreditrisikostategie und legt diese dem Kreditausschuss des Verwaltungsrats vor.

Die Risikoüberwachung und Risikosteuerung der Adressenausfallrisiken wird nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommen unabhängig davon, aus welcher Geschäftsart diese resultieren. Die zugehörigen Aufgaben teilen sich der Vorstand und der Bereich Banken. Letzterer ist für die Gestaltung und Umsetzung einer einheitlichen Kreditrisikostategie und für die Steuerung der Adressenausfallrisiken der Bank zuständig. Darüber hinaus werden u. a. Kreditrisiken analysiert, interne Bonitätsklassen ermittelt, Beschlussvorlagen für Kreditentscheidungen vorgelegt, das Marktfolgevotum erstellt und das Kreditrisiko kontrolliert. Der Bereich Treasury ist als Marktbereich in die Prozesskette des Kreditgeschäfts eingebunden.

Gemäß den MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Diese als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben werden von den Bereichen Fördergeschäft, Banken und Sicherheiten & Beteiligun-

gen übernommen. Die Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab und bearbeiten und bewerten Sicherheiten. Diese Bereiche sind auch zuständig für die Intensivbetreuung sowie die Bearbeitung von Problemkrediten. Erforderliche Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen, die Prozessverantwortung liegt beim Marktfolge-Vorstand.

Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios sowie der einzelnen Kreditnehmer und ist für die Risikoberichterstattung über die Adressenausfallrisiken verantwortlich. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in sein Zuständigkeitsbereich. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft wird eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftszugewandt auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Kreditnehmereinheit und des Gesamtkreditportfolios. Im Rahmen der Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung wird das Kreditportfolio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei in mehreren Produktgruppen Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen zusammengefasst werden.

### *Bonitätsbeurteilung*

Die aus der bankinternen Bonitätseinstufung und unter Berücksichtigung von externen Ratings ermittelte Bonitätsklasse ist ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken, die über das Limitsystem abgebildet werden.

Die interne Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolge-Bereich Banken vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten nach einem intern festgelegten Verfahren in 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätsklasseneinstufung erfolgt mindestens einmal jährlich im Rahmen der Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Jahresabschlüssen bzw. Geschäftsberichten. Hierbei werden auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen, sogenannte weiche Faktoren, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen berücksichtigt. Sofern vorhanden werden zusätzlich die Einstufungen von Rating-Agenturen herangezogen. Bei bestimmten Geschäftsarten, wie z. B. Pfandbriefe, werden zudem die Sicherheiten als weiteres Kriterium herangezogen. Zusätzlich werden die Länderrisiken als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko gesondert beurteilt. Darüber hinaus können aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners auslösen, dass die Bonitätsklasseneinstufung anhand von Frühwarnindikatoren verifiziert und ggf. das Limit angepasst wird. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird fortlaufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Die Folgen der internationalen Finanzkrise spiegeln sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Geschäftspartner der Rentenbank wider. Einzelne Kontrahenten sind als Engagements mit latenten Risiken eingestuft. Trotz Bonitätsherabstufungen einiger Geschäftspartner ist die durchschnittliche Bonität des Gesamtkreditportfolios der Bank nicht zuletzt aufgrund eines qualitativ hochwertigen Neugeschäfts weiterhin gut.

Besonders beobachtet werden die Euro-Peripherie-Staaten. Diese werden anhand eigener Ratingeinstufung, die sich mit der allgemeinen Marktsicht deckt, und der Höhe des Verschuldungsgrads ausgewählt. Derzeit sind es Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien, in denen wir auch Engagements haben. Freie Kreditlinien oder unwiderrufliche Kreditzusagen mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen nicht. Neugeschäfte mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten wurden in 2011 nicht abgeschlossen und sind für 2012, mit Ausnahme der durch Barsicherheiten besicherten Derivate gegenwärtig auch nicht vorgesehen. Zum 31.12.2011 stellten sich die Buchwerte in den Euro-Peripherie-Staaten der Euro-Zone wie folgt dar:

	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €
Griechenland	18,2	33,2
Irland	174,4	583,3
Italien	1.996,9	2.524,0
Portugal	1.017,5	1.399,3
Spanien	3.643,3	4.823,1
Gesamt	6.850,3	9.362,9

Der Anteil der Staatsanleihen von Euro-Peripherie-Staaten an der Bilanzsumme zum 31.12.2011 betrug 0,6 % (0,8 %), der Anteil der Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken 6,7 % (9,9 %). Rund 46 % (66 %) des Engagements in den Peripherie-Staaten der Eurozone wird bis Ende 2013 fällig.

Das Engagement anderer Kontrahenten in Euro-Peripherie-Staaten, sogenanntes indirektes Engagement, wird bei der Bonitätsbeurteilung sowie bei der Untersuchung auf Wertminderungen berücksichtigt.

#### *Quantifizierung der Adressenausfallrisiken*

Kreditrisikostategie und Risikotragfähigkeitskonzept sind Steuerungsinstrumente, die auf eine gute Bonität des Gesamtkreditportfolios abzielen.

Das interne Bonitätsklassen-System bildet die Basis für die Messung von Kreditausfallrisiken mithilfe statistischer Verfahren. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Rating-Agenturen veröffentlichten historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet. Über historische interne Ausfallwahrscheinlichkeiten verfügt

die Bank aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten nicht. Die Berechnungen erfolgen jeweils zum Monatsultimo. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird ein Standardszenario (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf Inanspruchnahmen) um Stressszenarien ergänzt (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf intern eingeräumte Limite unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen, geringeren Wiedereinbringungsraten sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten).

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wird den Adressenausfallrisiken ein bestimmter Anteil des Risikodeckungspotenzials zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Die Stressszenarien wurden um länderspezifische Einflüsse ergänzt und stellen auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. Zwei Extremszenarien unterstellen den Ausfall der beiden nach Risiko-Exposure (Berücksichtigung von Verlustquoten) größten Kreditnehmereinheiten bzw. Auslandsengagements. Der in diesen Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall dient zur Messung von Risikokonzentrationen und ist nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen. Hier stehen die kritische Reflektion der Ergebnisse und die Ableitung eines möglichen Handlungsbedarfs (beispielsweise in Form von Limitreduzierungen oder verschärfter Risikoüberwachung) im Vordergrund.

#### *Limitierung und Reporting*

Die Risikoübernahme und -limitierung ist das Kernelement des Risikomanagements von Adressenausfallrisiken. Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit der Bank vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Kreditnehmereinheiten als auch auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios. Grundlage der Limitierung ist die Kreditrisikostategie, aus der sich strategiekonsistente Unterlimite ableiten.

Ausgehend von dem für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil des Risikodeckungspotenzials wird eine Gesamtobergrenze für alle Adressenlimite festgelegt. Daneben gelten eine Obergrenze für Länderkreditlimite, einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoobergrenze, eine Höchstgrenze für das Kreditgeschäft mit Unternehmen sowie ein Produktlimit für das Wertpapiergeschäft.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Die internen Limite für einen Geschäftspartner werden in Abhängigkeit von dessen aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen und der daraus resultierenden Bonität festgelegt. Daneben gibt es eine Gesamtobergrenze je Kreditnehmereinheit, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Die Überwachung sämtlicher Limite erfolgt täglich durch den zuständigen Marktfolge-Bereich. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Bei verbrieften Finanzierungen setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolien, ggf. unter Berücksichtigung erhaltener Sicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für Marktpreisschwankungen. Dem Marktfolge-Vorstand werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Die Bank hat mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen und somit die Adressenausfallrisiken, die hierfür notwendige Eigenkapitalunterlegung der Adressenausfallrisiken sowie die Auslastung der Großkreditgrenzen.

Jeweils zum Quartalsende erstellt der Bereich Banken (Marktfolge) für den Vorstand und für den Kreditausschuss des Verwaltungsrats nach den Vorgaben der MaRisk einen Kreditrisikobericht. Dieser Bericht enthält u. a. quantitative und qualitative Informationen über die Entwicklung des Gesamtkreditportfolios, welches nach Strukturmerkmalen wie Bonitätsklassen, Sicherheiten, Größenklassen und Restlaufzeiten beobachtet wird. Daneben wird über den Umfang der intern eingeräumten Limite, die Entwicklung des Neugeschäfts, das Geschäft mit Unternehmen, Beteiligungen, die Entwicklung des potenziellen Ausfalls aus Adressenausfallrisiken, neue Produkte, neue Märkte, neue Vertriebswege, neue Länder sowie Großkreditengagements berichtet. Weitere Informationen sind Vorjahresvergleiche, Veränderungen und deren Kommentierung sowie die Entwicklung von Kontrahenten, welche unter besonderer Beobachtung stehen oder latente Risiken aufweisen.

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wurden zum Stichtag 260 Mio. € (260 Mio. €) des Risikodeckungspotenzials für das Adressenausfallrisiko zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellte sicher, dass dieser Wert im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten wurde.

## Marktpreisrisiken

### *Definition*

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Berücksichtigt wird der potenzielle Verlust auf Positionen im eigenen Bestand infolge sich ändernder Marktpreise.

### *Organisation der marktpreisrisikobehafteten Geschäfte*

Die Rentenbank führt kein Handelsbuch im Sinne von § 2 Abs. 11 KWG. Offene Positionen aus Anlagebuchgeschäften werden nur in eingeschränktem Umfang eingegangen.

Aufgabe des Risikomanagements ist die Bestimmung, qualitative und quantitative Bewertung und Steuerung der Marktpreisrisiken. Das Risikocontrolling quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt das Reporting. Die Abteilung Operations kontrolliert die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

### *Quantifizierung der Marktpreisrisiken*

#### Zinsänderungsrisiken

Die Bank begrenzt das Zinsänderungsrisiko durch weitestgehend fristenkongruente Refinanzierung von bilanziellen Aktiva durch bilanzielle Passiva sowie die Absicherung durch derivative Geschäfte. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft und bei den verbrieften Finanzierungen.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene ermittelt die Bank täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten und misst zusätzlich quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell die Zinsänderungsrisiken für alle zinssensitiven Positionen der Bank. Die quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Dabei werden die einzubeziehenden Positionen, getrennt nach aktivischen bilanziellen und außerbilanziellen Positionen sowie passivischen bilanziellen und außerbilanziellen Positionen, in Laufzeitbänder eingestellt. Für jedes Laufzeitband wird eine Nettoposition ermittelt. Anschließend werden die einzelnen Nettopositionen mit ihrem von der BaFin vorgegebenen laufzeitbandabhängigen Gewichtungsfaktor multipliziert und dann zu einer gewichteten Gesamtnettoposition addiert. Das Ergebnis stellt die geschätzte Änderung des Barwerts dar, die in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln zu setzen sind. Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG besteht „unverzögliche“ Anzeigepflicht, falls die negative Veränderung des Barwertes 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Vorstandsbeschluss festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimiten barwertorientiert auf Basis einer Sensitivität von 100 Basispunkten gemessen wird.

Zur Information wird täglich für das „Geldgeschäft“ ein VaR (Value at Risk) ermittelt. Prognostiziert wird der maximale, potenzielle Bewertungsverlust aufgrund von Markteffekten bei einer Prognosegüte von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen. Die verwendeten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet. Die Einfluss-

faktoren bei der Bewertung des Portfolios konzentrieren sich auf die Zinskurven für Interbankenkredite (Deposit-Kurve) und Derivate (Eonia-Kurve).

#### Spreadrisiken

Veränderungen von Marktparametern in Form von Spreadaufschlägen auf die Deposit-/Swapkurve wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen das Risikodeckungspotenzial. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Bewertungsergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungspotenzial unterlegt. Das Spreadrisiko würde sich erst bei Durchbrechung der Buy and Hold-Strategie beziehungsweise bei Ausfall eines Geschäftspartners realisieren. Auf der Passivseite ist dies ausgeschlossen, da durch die bestehende Anstaltslast des Bundes für Verbindlichkeiten der Rentenbank deren Erfüllung gesichert ist. Unabhängig davon werden aber die Bewertungsergebnisse in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung berücksichtigt.

#### Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken aus Bilanzgeschäften werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte geschlossen. Offene Währungspositionen entstehen durch Abrechnungsspitzen in äußerst geringem Umfang. In keiner Währung war ein materielles Risiko feststellbar.

#### Standardszenarien

Für alle offenen zinsensitiven Geschäfte der Portfolien „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität unter Verwendung einer Parallelverschiebung der Zinskurven um 100 Basispunkte gerechnet und den jeweiligen Limiten (siehe Tabelle) gegenübergestellt.

#### Stressszenarien

Um Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolien „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ berechnet. Im Stressszenario wird nicht eine parallele Verschiebung der Zinskurve wie im Standardszenario untersucht, sondern eine differenzierte Verschiebung im Rahmen von zwei Einzelszenarien.

Für die Ermittlung von Spreadrisiken werden mögliche Risikoaufschläge bzw. -abschläge im Interbankenmarkt für das „Geldgeschäft“ simuliert. Im „Fördergeschäft“ werden eine Erhöhung der Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads) und der Basiswap-Spreads sowie einer Reduzierung der Credit-Spreads berechnet. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden nunmehr Korrelationseffekte berücksichtigt.

### *Limitierung und Reporting*

Das dem Marktpreisrisiko zugewiesene Risikodeckungspotenzial entspricht dem Risikolimit von 61 Mio. € (61 Mio. €).

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die festgelegten Risikolimite nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet. Sensitivitäts-, Szenario- und VaR-Analysen sowie Backtesting-Verfahren sind Bestandteil des Risikomanagements und Risikocontrollings. Der Bilanzausschuss des Verwaltungsrats wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen quartalsweise informiert.

### *Backtesting*

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrundeliegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ täglich überprüft.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Im Backtesting werden die potenziellen Bewertungsgewinne und -verluste, verursacht durch tatsächliche Markteffekte, dem VaR gegenübergestellt.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene werden quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell validiert.

### Liquiditätsrisiken

#### *Definition*

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

#### *Steuerung und Überwachung*

Die Liquiditätsrisiken aus den offenen Liquiditätssalden der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes Limit, das an die Refinanzierungsmöglichkeiten angelehnt ist, begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsrisiken täglich und informiert den Vorstand und die zuständigen Fachabteilungen über die Ergebnisse.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP-Emissionen und Offenmarktgeschäfte

mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft werden und Gelder bis zu zwei Jahren über das EMTN-Programm, Loans, Globalanleihen bzw. traditionelle Instrumente aufgenommen werden.

Analog den Anforderungen der dritten MaRisk-Novelle werden zur Überbrückung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs von mindestens einer Woche und zur Deckung des zusätzlich erforderlichen Refinanzierungsbedarfs aus Stressszenarien ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vorgehalten. Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren die jeweiligen frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten nicht überschreiten.

Zur Überwachung der mittel- und langfristigen Liquidität werden die planmäßigen Fälligkeiten für die jeweils folgenden 15 Jahre quartalsweise dargestellt. Ein langfristiges Liquiditätslimit ist über alle Laufzeitenbereiche eingerichtet. Die kumulierten Zahlungsströme dürfen das Limit nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

### *Stressszenarien*

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditätsszenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. Rückgangs der positiven Marktwerte von Derivateportfolien. Mit dem Szenario-Mix wird das gleichzeitige (kombinierte) Eintreten von institutsspezifischen und marktbedingten Stressszenarien simuliert.

### *Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung*

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden täglich die gewichteten Zahlungsmittel den gewichteten Zahlungsverpflichtungen fristenkongruent gegenübergestellt. Ferner werden im Rahmen einer Hochrechnung diese Kennziffern auch für zukünftige Stichtage bestimmt. Im Berichtsjahr 2011 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,31 und 5,83 (2,16 und 3,30) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

## *Reporting*

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die kurz- und langfristige Liquidität, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Verwaltungsrat wird hierüber quartalsweise informiert.

## Operationelle Risiken

### *Definition*

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder aus externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere Rechtsrisiken, Risiken aus sonstigen strafbaren Handlungen (Fraud), Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählen unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts- und Reputationsrisiken.

### *Organisationsstruktur operationeller Risiken*

Die operationellen Risiken der Rentenbank werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, welche an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert die Bank, indem soweit wie möglich standardisierte Verträge genutzt werden. Die Rechtsabteilung wird frühzeitig in Entscheidungen einbezogen, die verpflichtende oder begünstigende Rechtswirkung für die Bank haben könnten sowie bei Abweichungen von Vertragsstandards.

Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25c KWG werden Risiken aus sonstigen strafbaren Handlungen, die das Vermögen der Bank in Gefahr bringen könnten, identifiziert und Maßnahmen zur Optimierung der Anti-Fraud-Organisation abgeleitet. Innerhalb Fraud-relevanter Themengebiete wird die Einhaltung genereller und institutsspezifischer Anforderungen an eine wirksame Anti-Fraud-Organisation analysiert.

Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken erfasst und werden in der Risikotragfähigkeitsanalyse unter dieser Risikoart berücksichtigt. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise zur Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auch Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in diese Plänen integriert.

#### *Quantifizierung der operationellen Risiken*

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes mit einem an den Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden aufgrund des Geschäftsumfangs festgelegt.

#### Schadensfallerhebung

Alle Schadensereignisse der Bank werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Die Erfassung aller laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfolgt dezentral durch die Operational-Risk-Beauftragten. Operationelle Risiken werden in den einzelnen Geschäftsbereichen gemanagt, sodass bei diesem dezentralen Ansatz die Maßnahmen zur Vermeidung und Begrenzung der Risiken primär in der Verantwortung der jeweiligen Organisationseinheiten liegen. Die Analyse und Aggregation der Schadensfälle sowie die methodische Weiterentwicklung der eingesetzten Instrumente erfolgt im Risikocontrolling.

#### Self Assessment

Die Bank führt regelmäßig Self Assessments durch. Ziel der Self Assessments ist es, das Wissen zur Erkennung und Beurteilung von Risiken aus den Geschäftseinheiten, in denen sich die Risiken konkretisieren, zu nutzen. Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien auch unter Aspekten der Betrugsprävention für alle bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert, anschließend nach Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet und ggf. durch zusätzliche Präventivmaßnahmen reduziert.

#### *Limitierung und Reporting*

Für die operativen Risiken wird das Limit anhand eines modifizierten Basisindikatoransatzes ermittelt. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Vorstand, den Verwaltungsrat und den ersten Führungskreis.

#### Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

## Prognosebericht

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen an Kredit- und Finanzmärkten ab. Diese werden u. a. durch die Konjunktur, die jeweilige Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die wirtschaftliche Lage an den Agrarmärkten eine wichtige Rolle. Mittel- und langfristig sind die Aussichten des Agrarsektors insbesondere mit Blick auf die zunehmende Weltbevölkerung insgesamt sehr positiv. Dennoch sind auch die Agrarmärkte nicht unabhängig von konjunkturellen Schwankungen. Die Mitte 2011 einsetzende weltweite Abschwächung wird wahrscheinlich auch in den ersten Monaten 2012 anhalten. Erst in der zweiten Jahreshälfte könnte es zu einer leichten wirtschaftlichen Erholung kommen. Die andauernde Staatsschuldenkrise im Euroraum und die noch nicht überwundene Instabilität in Teilen des Finanzsektors belasten jedoch die weitere Entwicklung.

Für Deutschland prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute für das laufende Jahr lediglich ein Wirtschaftswachstum von unter einem Prozent. Im Durchschnitt des Euroraums wird sogar eine leichte Rezession nicht ausgeschlossen. In vielen europäischen Staaten dürften die Bemühungen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Mit der sich insgesamt abschwächenden Weltkonjunktur dürften außerdem auch die Impulse des Außenhandels nachlassen.

Für das Jahr 2012 zeichnet sich im Euroraum eine niedrigere durchschnittliche Inflationsrate ab, insbesondere wegen der getrübtten Konjunkturaussichten, aber auch aufgrund von Basiseffekten bei den Preisen für Energie und Nahrungsmittel. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwartet einen Preisanstieg zwischen 1,5 % und 2,5 % im laufenden Jahr.

Vor diesem Hintergrund wird die EZB auf absehbare Zeit vermutlich ihrer Geldpolitik nicht straffen und ihren Leitzins vorerst bei 1,0 % belassen. Sollte sich die Staatsschuldenkrise erneut verschärfen, ist jedoch auch eine weitere Lockerung nicht völlig auszuschließen. Die langfristigen Renditen sicherer Anlageformen wie Bundesanleihen dürften ebenfalls niedrig bleiben, da sich angesichts der noch ungelösten Staatsschuldenkrise viele Anleger weiterhin risikoscheu verhalten werden. Neugeschäfte mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten sind für 2012, mit Ausnahme der durch Bareinlagen besicherten Derivate, gegenwärtig nicht vorgesehen. Rund 46 % des Engagements in den Peripherie-Staaten wird bis Ende 2013 fällig.

Die Rentenbank mit ihrem soliden Geschäftsmodell in Verbindung mit den Triple-A-Ratings geht auch unter diesen Rahmenbedingungen davon aus, ihren Förderauftrag erfüllen zu können.

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Mehrjahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Bestands-, Ertrags- und Kostenplanung einschließlich Kostenbudgets sowie Stressszenarien. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Mehrjahresplanung.

Im Rahmen unserer aktuellen Planung wird in der Bank aufgrund der Entwicklung an den Kredit- und Kapitalmärkten sowohl im Fördergeschäft als auch bei der Refinanzierung der Bank für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 ein Neugeschäftsvolumen unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet. Durch die absehbar hohen Fälligkeiten im Fördergeschäft wird sich der Bestand und in der Folge auch die Erträge in 2012 und 2013 wahrscheinlich reduzieren. Der Schwerpunkt in der Kreditvergabe ist dabei weiterhin das Programmkreditgeschäft. Zur Refinanzierung des Neugeschäfts stehen unverändert alle Emissionsprogramme zur Verfügung. Auch das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird aus heutiger Sicht 2012 und 2013 im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig sein. Die Erträge des Segments „Kapitalstock“ werden dagegen leicht ansteigen.

Die Kostenplanung für die Jahre 2012 und 2013 berücksichtigt die erforderlichen Investitionsmaßnahmen für Datenverarbeitung und Gebäude. In den Investitionen für die Datenverarbeitung sind auch die Implementierung des neuen Handelssystems sowie der Erwerb der bereits ausgeschriebenen neuen Meldewesen-Software enthalten. Auch die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden weiterhin dafür sorgen, dass die Verwaltungsaufwendungen in den kommenden Jahren - trotz eines straffen Kostenmanagements - in den relevanten Bereichen steigen werden.

Vor diesem Hintergrund werden in der Bank 2012 und 2013 rückläufige Betriebsergebnisse vor Risikovorsorge und Bewertung erwartet, die jedoch weiterhin über dem Vorkrisenniveau (2007 von 201 Mio. €) liegen werden. Die zufriedenstellende Ertragsentwicklung ermöglicht der Bank neben einer angemessenen Vorsorge für alle erkennbaren Risiken auch eine weitere Stärkung der Kapitalausstattung.

Die unter Szenarien ermittelten Betriebsergebnisse für 2012 bis 2013 schwanken in einer Bandbreite von rd. 25 %. Auch unter Stressbedingungen liegen diese über dem Vorkrisenniveau (2007).

Das Fördergeschäft entwickelte sich in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres annahmegemäß. Der Vorstand ist zuversichtlich, das Planvolumen 2012 im mittel- und langfristigen Fördergeschäft und die Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2012 zu erreichen.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie "erwarten", "antizipieren", "beabsichtigen", "planen", "glauben", "anstreben", "schätzen" und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sie sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich ggf. als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.



# Jahresbilanz der Landwirtschaftlichen Rentenbank,

## AKTIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31.12.2010 Mio. €
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		0,2		0,1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		778,4		53,4
darunter:			778,6	53,5
bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 778,4 (i. Vj. Mio. € 53,4)				
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		10,1		3,3
b) andere Forderungen		51 740,1		49 532,3
			51 750,2	49 535,6
<b>3. Forderungen an Kunden</b>				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
Kommunalkredite				
Mio. € 2 645,5 (i. Vj. Mio. € 1 379,9)			2 984,7	1 834,3
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,0			132,1
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € 132,1)				
ab) von anderen Emittenten	40,1	40,1		0,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 40,1 (i. Vj. Mio. € -,-)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	1 392,0			1 528,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 1 211,1 (i. Vj. Mio. € 1 416,5)				
bb) von anderen Emittenten	23 117,2	24 509,2		24 643,4
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 21 399,2 (i. Vj. Mio. € 23 755,7)				
c) eigene Schuldverschreibungen		633,6		635,9
Nennbetrag Mio. € 713,3 (i. Vj. Mio. € 694,2)			25 182,9	26 939,4
<b>5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			0,1	0,1
<b>6. Beteiligungen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			4,2	4,2
<b>7. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			0,0	0,0
<b>8. Treuhandvermögen</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 103,7 (i. Vj. Mio. € 104,8)			103,7	104,8
<b>9. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte				
und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			5,2	0,4
<b>10. Sachanlagen</b>			17,5	19,0
<b>11. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			455,0	11,5
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		3,1		4,1
b) andere		1,4		1,3
			4,5	5,4
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>81 286,6</b>	<b>78 508,2</b>

# Frankfurt am Main, zum 31. Dezember 2011

## PASSIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31.12.2010 Mio. €
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		437,7		0,1
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3 368,7		3 124,3
			3 806,4	3 124,4
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig		417,0		63,1
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5 615,0		5 530,1
			6 032,0	5 593,2
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen			62 820,6	62 059,5
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 103,7 (i. Vj. Mio. € 104,8)			103,7	104,8
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			4 435,6	4 020,7
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		1,1		1,3
b) andere		37,7		52,1
			38,8	53,4
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		84,8		84,6
b) andere Rückstellungen		313,4		381,2
			398,2	465,8
<b>8. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			728,3	780,8
<b>9. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			1 928,2	1 348,0
<b>10. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	651,7			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	21,4			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	36,7	709,8		651,7
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	159,1			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	21,4	137,7		159,1
c) Bilanzgewinn		12,3		11,8
			994,8	957,6
<b>Summe der Passiva</b>			<b>81 286,6</b>	<b>78 508,2</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			3,1	3,6
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			950,1	1 370,8

# Gewinn- und Verlustrechnung der Landwirtschaftlichen Rentenbank,

## AUFWENDUNGEN

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	2010 Mio. €
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			2 414,7	2 425,1
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			2,6	2,7
<b>3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	20,3			19,8
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	2,7			3,1
		23,0		22,9
darunter:				
für Altersversorgung Mio. € 0,3 (i. Vj. Mio. € 0,8)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		15,0		14,7
			38,0	37,6
<b>4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			2,5	1,8
<b>5. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			9,2	8,4
<b>6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			0,0	168,4
<b>7. Zuführung „Fonds für allgemeine Bankrisiken“</b>			580,2	178,0
<b>8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			1,8	0,0
<b>9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			0,0	0,0
<b>10. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen</b>			0,1	0,1
<b>11. Jahresüberschuss</b>			49,0	47,0
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>3 098,1</b>	<b>2 869,1</b>
<b>1. Jahresüberschuss</b>			49,0	47,0
<b>2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage</b>				
aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			21,4	29,2
<b>3. Einstellungen in die Gewinnrücklage</b>				
in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank				
aus der Deckungsrücklage			21,4	29,2
aus dem Jahresüberschuss			36,7	35,2
<b>4. Bilanzgewinn</b>			12,3	11,8

# Frankfurt am Main, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

## ERTRÄGE

	Mio. €	Mio. €	2010 Mio. €
<b>1. Zinserträge</b> aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2 058,0		2 061,0
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	773,6		773,0
		2 831,6	2 834,0
<b>2. Laufende Erträge</b> aus			
a) Beteiligungen		0,3	0,3
<b>3. Provisionserträge</b>		0,3	2,7
<b>4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		261,2	0,0
<b>5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		0,0	27,2
<b>6. Sonstige betriebliche Erträge</b>		4,7	4,9
<b>Summe der Erträge</b>		<b>3 098,1</b>	<b>2 869,1</b>

## Anhang

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den Formblättern der RechKredV.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und 340e HGB. Aktien, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit sie der Liquiditätsreserve zugeordnet wurden, nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 5 HGB) bewertet. Die dem Anlagevermögen zugeordneten festverzinslichen Wertpapiere sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten, vermindert um dauerhafte Wertminderungen, bilanziert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, bilanziert.

Von der Aktivierung von selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB wird abgesehen. Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sowie immaterielle Vermögenswerte wurden unter Beachtung von handelsrechtlichen Bestimmungen über die ermittelte Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Agien bzw. Disagien werden zeitanteilig abgegrenzt. Zero-Bonds sind mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter der Berücksichtigung der künftigen Preis- und Kostensteigerungen passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekannt gegeben werden. Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgte wie im Vorjahr nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sog. ‚Projected-Unit-Credit-Methode‘ (PUC-Methode). Der Rückstellungsbetrag gemäß der PUC-Methode ist definiert als der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen, der von den Mitarbeitern bis zu diesem Zeitpunkt gemäß Rentenformel und Unverfallbarkeitsregelung aufgrund ihrer in der Vergangenheit abgeleiteten Dienstzeiten verdient worden ist. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G mit Vollarpassung 2011 von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwandt. Im Rahmen der Berechnung wurden folgende Parameter zu Grunde gelegt:

- Rechnungszins gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB 5,13 % p.a.
- Karrieretrend 1,00 % p.a.
- Gehaltstrend 2,25 % p.a.
- Rententrends (Bandbreite der Anpassung) 1,0–2,25 % p.a.
- Fluktuation durchschnittlich 2,00 % p.a.
- Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenzen 2,25 % p.a.

Rückstellungen für unsere hauseigenen Programmkredite decken die Zinsunterdeckungen für die gesamte Kreditlaufzeit bzw. bis zum Zinsanpassungstermin. Die vor der BilMoG-Anwendung gebildeten Rückstellungen für Zinsunterdeckungen der Programmkredite wurden unter der Bezugnahme auf das Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten.

Für alle erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde ausreichend Vorsorge getroffen. Entsprechende Pauschalwertberichtigungen wurden aktivisch abgesetzt. Zur Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen wendet die Bank seit dem Berichtsjahr ein auf internen Ratings basierendes Expected Loss-Verfahren an.

Zur Berechnung des rückstellungspflichtigen Betrages im Rahmen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäfte des übrigen Bankbuchs (Zinsbuch) nach einem GuV-orientierten Ansatz wurden folgende Parameter berücksichtigt:

- diskontierte Margen
- zukünftig erwartete Verluste (Risikokosten = Standardszenario Adressen)
- zukünftige Verwaltungsaufwendungen für die Abwicklung der Positionen

Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB werden ausschließlich zur Sicherung des Fremdwährungsrisikos gebildet. Zur Absicherung von Währungsrisiken setzt die Rentenbank Währungsswaps und Zins-Währungsswaps ein. Die Sicherung von Währungsrisiken erfolgt mittels dispositiven Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB.

Die Währungsbewertung und bilanzielle Darstellung der Geschäfte ohne Währungssicherung erfolgt i.S.d. § 340h i.V.m. § 256a HGB und § 252 Abs.1 Nr. 4 HGB. Nach § 277 Abs. 5 Satz 2

HGB findet der Ausweis der Erträge aus der Währungsumrechnung unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ und der Aufwendungen aus der Währungsumrechnung im Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ statt.

Latente Steuern gem. § 274 HGB sind im Jahresabschluss der Rentenbank nicht zu bilden. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat für das Geschäftsjahr 2011 unter Einbeziehung der LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main und der DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, einen Konzernabschluss nach IFRS gem. § 315a HGB aufgestellt.

## Angaben zur HGB-Bilanz

Die Angaben und Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzposten haben wir nach der Reihenfolge der Bilanzposten aufgestellt. Die Bilanzposten werden ohne anteilige Zinsen dargestellt.

<b>Bilanzposten Aktiva</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>
Pos. 2: Forderungen an Kreditinstitute		
Gliederung des Unterpostens b) – andere Forderungen – nach Restlaufzeit:		
• bis drei Monate	<b>9.011</b>	<b>8.016</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>4.089</b>	<b>5.795</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>18.222</b>	<b>16.448</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>19.181</b>	<b>18.062</b>
Pos. 3: Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
• Forderungen an verbundene Unternehmen	<b>153</b>	<b>155</b>
Gliederung dieses Bilanzpostens nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	<b>19</b>	<b>11</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>80</b>	<b>74</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>2.394</b>	<b>1.115</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>345</b>	<b>426</b>
Pos. 4: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Von den sämtlich börsenfähigen Wertpapieren sind:		
• börsennotiert	<b>24.465</b>	<b>26.216</b>
• nicht börsennotiert	<b>405</b>	<b>423</b>

Dem Anlagevermögen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von Mio. € 24.751 (Vorjahr: 26.448 Mio. €) zugeordnet und nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Aufgrund der dauerhaften Anlageabsicht wird bei einer voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung von einer Abwertung auf den beizulegenden Wert abgesehen. Insbesondere wird keine Abschreibung vorgenommen, sofern die festgestellte Wertminderung nur vorübergehend in Bezug auf die künftige Ertragslage ist und mit der vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit gerechnet wird.

Die vermiedenen Abschreibungen betragen 560 Mio. € (Vorjahr: 388 Mio. €). Zur Ermittlung der vermiedenen Abschreibungen wurden Börsen- oder Marktpreise verwendet. Dauerhafte Wertminderungen wurden für die Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 10 Mio. € berücksichtigt (Vorjahr: -, - Mio. €).

<b>Bilanzposten Aktiva</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>
Pos. 4: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden:		
• von öffentlichen Emittenten	<b>45</b>	<b>269</b>
• von anderen Emittenten	<b>4.536</b>	<b>6.249</b>
Pos. 5: Der Gesamtbestand von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist börsenfähig und börsennotiert.		
Pos. 6, 7: Die Bilanzposten Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Wertpapiere.		
Pos. 8: Treuhandvermögen Hierin sind enthalten:		
• Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	<b>99</b>	<b>95</b>
• Forderungen an Kreditinstitute	<b>5</b>	<b>10</b>
Pos. 9: Immaterielle Anlagewerte Hierin sind enthalten:		
• entgeltlich erworbene Software und Lizenzen	<b>5</b>	<b>0</b>
Pos. 10: Sachanlagen Hierin sind enthalten:		
• Eigengenutzte Grundstücke und Gebäude, Wohnungen	<b>0</b>	<b>0</b>
• Fremdenutzte Grundstücke und Gebäude	<b>16</b>	<b>18</b>
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	<b>1</b>	<b>1</b>
Pos. 11: Sonstige Vermögensgegenstände Hierin sind enthalten:		
• Gestellte Barsicherheiten für derivative Verträge	<b>454</b>	<b>11</b>

## Anlagenspiegel

Anlagevermögen Mio. €	Anschaf- fungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Zuschrei- bungen	Kumu- lierte Abschrei- bungen	Bilanz- wert 31.12.11	Bilanz- wert Vorjahr	Abschrei- bungen 2011
Immaterielle Anlagewerte	2	5	0	-	2	5	0	0
Sachanlagen	33	1	1	-	16	17	19	2
Wertpapiere des Anlagevermögens	26.479	4.806	6.498	5	41	24.751	26.448	10
Beteiligungen	4	0	-	-	0	4	4	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	27	-	-	-	27	0	0	-
<b>Gesamt</b>	<b>26.545</b>	<b>4.812</b>	<b>6.499</b>	<b>5</b>	<b>86</b>	<b>24.777</b>	<b>26.471</b>	<b>12</b>

<b>Bilanzposten Passiva</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>
Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	<b>110</b>	<b>288</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>64</b>	<b>139</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>1.595</b>	<b>1.241</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>880</b>	<b>820</b>
Gesamtbetrag	<b>2.649</b>	<b>2.488</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 des Rentenbankgesetzes	<b>764</b>	<b>808</b>
Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
• Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	<b>0</b>	<b>0</b>
• Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<b>10</b>	<b>10</b>
Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	<b>68</b>	<b>70</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>331</b>	<b>224</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>1.628</b>	<b>1.658</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>3.445</b>	<b>3.394</b>
Gesamtbetrag	<b>5.472</b>	<b>5.346</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 des Rentenbankgesetzes	<b>1.988</b>	<b>2.369</b>
Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten		
Gliederung nach Restlaufzeiten:		
• bis ein Jahr	<b>15.356</b>	<b>17.415</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>33.933</b>	<b>31.951</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>12.552</b>	<b>11.723</b>
Gesamtbetrag	<b>61.841</b>	<b>61.089</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 des Rentenbankgesetzes	<b>2</b>	<b>6</b>

<b>Bilanzposten Passiva</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten		
Hierin sind enthalten:		
• Verbindlichkeiten aus dem Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	<b>99</b>	<b>95</b>
• Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	<b>5</b>	<b>10</b>
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten		
Hierin sind enthalten:		
• Erhaltene Barsicherheiten für derivative Verträge	<b>4.423</b>	<b>4.008</b>
• anteilige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten (vor Sicherung)	<b>9</b>	<b>9</b>
• abzuführende Steuern	<b>1</b>	<b>1</b>
• Erhaltene Optionsprämien	<b>2</b>	<b>1</b>
Gliederung nach Restlaufzeiten:		
• bis ein Jahr	<b>4.435</b>	<b>4.019</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 des Rentenbankgesetzes	-	-
Pos. 8: Nachrangige Verbindlichkeiten		
Gliederung nach Restlaufzeiten:		
• bis ein Jahr	-	-
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>103</b>	<b>102</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>625</b>	<b>666</b>
Gesamtbetrag	<b>728</b>	<b>768</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 des Rentenbankgesetzes	-	-

Bilanzposten Passiva	2011 Mio. €	2010 Mio. €
----------------------	----------------	----------------

Pos. 8: Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangverbindlichkeiten sind in Form von Schuldscheindarlehen, Loan-Agreements und Inhaberpapieren mit Globalurkunden ausgestaltet. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 728 Mio. € (Vorjahr: 781 Mio. €) beträgt der Nettoaufwand nach Sicherung 10 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €).

Die Bedingungen aller Nachrangverbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus. Erläuterungen gem.

§ 35 Abs. 3 RechKredV zu jeder 10 % des Gesamtbetrages der Nachrangverbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:

1. Anleihe über Nominal 25 Mrd. JPY; Buchwert in Mio. € 174;  
Fälligkeit 21.04.2036; Zinssatz vor Sicherung 2,8 %
2. Anleihe über Nominal 100 Mio. €; Buchwert in Mio. € 100;  
Fälligkeit 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung 2,645
3. Anleihe über Nominal 100 Mio. €; Buchwert in Mio. € 100;  
Fälligkeit 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung 2,675

Passiva unter dem Strich	2011 Mio. €	2010 Mio. €
Pos. 1: Eventualverbindlichkeiten		
• Ausfallbürgschaften	3	4
• Verbürgung von Sicherheitsleistungen	0	0
Ausfallbürgschaften wurden für zinsverbilligte Kapitalmarktkredite übernommen. Mit der Inanspruchnahme aus der Bürgschaften ist nach unserer Einschätzung nicht zu rechnen. Für die zinsverbilligten Kapitalmarktkredite bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand.		

Pos. 2: Andere Verpflichtungen

Der Rückgang der unwiderruflichen Kreditzusagen um Mio. € 421 auf den Gesamtbestand in Höhe von Mio. € 950 ist ausschließlich auf eine Reduzierung der Zusagen im Förderkreditgeschäft zurückzuführen. Diese Zusagen werden überwiegend im Jahr 2012 in Anspruch genommen.

	<b>2011</b>	<b>2010</b>
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>
<b>Fremdwährung</b>		
Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden bestehen in folgender Höhe:		
• Vermögensgegenstände	<b>1.975</b>	<b>1.892</b>
• Schulden	<b>50.877</b>	<b>49.555</b>
<b>Deckungsrechnung</b>		
Die deckungspflichtigen Verbindlichkeiten verteilen sich auf:		
• Inhaberpapiere	<b>2</b>	<b>6</b>
• Namenspapiere	<b>2.752</b>	<b>3.177</b>
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen sind folgende Aktiva bestimmt:		
• Forderungen an Kreditinstitute	<b>7.955</b>	<b>9.702</b>
• Forderungen an Kunden	<b>616</b>	<b>616</b>

## Erlauerungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Erträge

Gliederung nach geografischen Märkten	<b>Mio. €</b>	
	<b>Deutschland</b>	<b>Europa/ OECD</b>
Einzelposten:		
Zinserträge	<b>2011</b> <b>1.515</b>	<b>2011</b> <b>1.317</b>
	<b>2010</b> <b>1.330</b>	<b>2010</b> <b>1.504</b>
Provisionserträge	<b>2011</b> <b>-</b>	<b>2011</b> <b>-</b>
	<b>2010</b> <b>3</b>	<b>2010</b> <b>-</b>
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	<b>2011</b> <b>261</b>	<b>2011</b> <b>-</b>
	<b>2010</b> <b>-</b>	<b>2010</b> <b>-</b>
Erträge aus der Zuschreibung zu Wertpapieren des Anlagevermögens	<b>2011</b> <b>-</b>	<b>2011</b> <b>-</b>
	<b>2010</b> <b>4</b>	<b>2010</b> <b>23</b>
Sonstige betriebliche Erträge	<b>2011</b> <b>5</b>	<b>2011</b> <b>-</b>
	<b>2010</b> <b>5</b>	<b>2010</b> <b>-</b>

<b>Erläuterungen der wichtigsten Einzelbeträge nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 RechKredV</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>
	<b>Mio. €</b>	<b>Mio. €</b>
Pos. 5: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Aufwendungen enthalten:		
• Kapitalzuweisung Edmund-Rehwinkel Stiftung	<b>3</b>	<b>2</b>
• Rückstellung für Prozess- und Zinskosten aus einem laufenden Verfahren	<b>1</b>	<b>-</b>
• Zinsaufwand aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen	<b>4</b>	<b>5</b>
Pos. 6: Sonstige betriebliche Erträge		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Erträge enthalten:		
• Mieteinnahmen für bankeigene Gebäude	<b>2</b>	<b>2</b>
• Sonstige Erstattungen	<b>2</b>	<b>1</b>
• Sonstige Erträge aus Rückstellungsaufösungen	<b>1</b>	<b>2</b>

Die Zinserträge enthalten in Höhe von Mio. € 65,6 (Vorjahr: 59,8 Mio. €) den zeitanteiligen Verbrauch der Rückstellungen für Zinsunterdeckungen der hauseigenen Programmkredite. Im Posten „Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft“ sind Zuführungen zu Rückstellungen für Zinsunterdeckungen in Höhe von Mio. € 69,2 (Vorjahr: 72,0 Mio. €) enthalten.

Nach § 277 Abs. 5 HGB sind im Posten „Zinserträge“ Effekte aus der Abzinsung der Rückstellungen für hauseigene Programmkredite in Höhe von Tsd. € 29,2 (Vorjahr: 1,6 Tsd €) enthalten. Im Zinsaufwand sind Effekte aus der Aufzinsung der Rückstellungen für hauseigene Programmkredite in Höhe von Tsd. € 4.423,7 (Vorjahr: 110,7 Tsd €) ausgewiesen.

Im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von Tsd. € 2,5 (Vorjahr: 0,4 Tsd €) enthalten. Im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von Tsd. € 8,5 (Vorjahr: 17,8 Tsd €) ausgewiesen. Diese Währungsumrechnungsposten resultieren ausschließlich aus der Währungsbewertung der Zahlungsverkehrskonten im Ausland.

In den Aufwendungen und Erträgen sind keine wesentlichen periodenfremden Posten enthalten.

## Sonstige Angaben

### **Derivative Finanzinstrumente**

Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende und absehbare Marktpreisrisiken genutzt. Das Volumen der Geschäfte ist durch kontrahenten- und produktbezogene Limite begrenzt und wird im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht.

Als beizulegender Zeitwert wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument bei Vertragsabschluss unter sachverständigen und unabhängigen Marktteilnehmern gehandelt werden kann. Für Derivate wird der beizulegende Zeitwert mittels anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Den Modellen liegen beobachtbare Marktparameter zugrunde.

Der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile wird auf Basis der abgezinnten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cashflow (DCF) Methode) ermittelt. Für die Derivate werden zur Diskontierung neben der Eonia- oder Deposit-Kurve sog. Basisswap-Spreads und Cross-Currency-Basisswap-Spreads (CCY-Basisswap-Spreads) verwendet. Die Zinskurven, Basisswap-Spreads und CCY-Basisswap-Spreads werden differenziert nach Laufzeit und Währung von einem externen Marktdatenanbieter bezogen.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit bankaufsichtsrechtlich anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben der oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

### **Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –**

Gemäß § 285 Nr. 19 HGB sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt (Netting- und Collateral-Vereinbarungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt):

Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011
<b>Zinsrisiken</b>				
Zinsswaps	84.650	75.408	2.357	3.436
• davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungsrechte	715	753	38	12
Swaptions				
• Käufe	-	-	-	-
• Verkäufe	986	626	-	46
Sonstige Zinstermingeschäfte	5	7	6	-
Zinsrisiken – gesamt –	85.641	76.041	2.363	3.482
<b>Währungsrisiken</b>				
Zins-Währungsswaps	46.888	44.219	5.160	780
• davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	186	181	27	5
• davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	100	101	0	2
Währungsswaps	7.235	8.698	324	0
Währungsrisiken – gesamt –	54.123	52.917	5.484	780
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>				
Aktienindex-Swaps	45	45	1	0
• davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	45	45	1	0
Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt –	45	45	1	0
<b>Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>	<b>139.809</b>	<b>129.003</b>	<b>7.848</b>	<b>4.262</b>

### Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10	31.12.11	31.12.10
Restlaufzeiten						
• bis drei Monate	3.170	1.991	8.874	9.238	-	-
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	8.762	8.907	6.694	7.185	15	-
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	43.881	38.521	29.359	27.605	30	15
• mehr als fünf Jahre	29.828	26.622	9.196	8.889	-	30
Gesamt	85.641	76.041	54.123	52.917	45	45

### Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011
Banken in der OECD	127.975	109.249	6.737	4.092
Sonstige Kontrahenten	11.834	19.754	1.111	170
Gesamt	139.809	129.003	7.848	4.262

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, insbesondere Geschäfte in Fremdwährung, werden bei der Bank zur Deckung von Marktpreisschwankungen abgeschlossen. Die Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften bestehen zum Jahresultimo aus Zinsswaps, Währungsswaps, Zins-Währungsswaps, Zinsterminkontrakten sowie Optionsgeschäften.

## Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB zu Bewertungseinheiten

Die Rentenbank setzt zur Absicherung von Währungsrisiken Währungsswaps, Zins-Währungsswaps und Devisentermingeschäfte ein. In der Bilanz erfolgt die Abbildung der Sicherung von Währungsrisiken mittels dispositiven Währungseinheiten gemäß § 254 HGB. Zur Messung der Effektivität von Sicherungsbeziehungen wird im Regelfall die „Critical Term Match/Short Cut Methode“ herangezogen, bei der die Cash Flows von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt werden. Die Währungskursschwankungen korrespondierender Bilanzgeschäfte und Sicherungsderivate verhalten sich jeweils gegenläufig und gleichen sich aus. Die bilanziellen Grundgeschäfte und Sicherungsgeschäfte waren in dispositiven Währungs-Bewertungseinheiten zusammengefasst und wurden in der Bilanz der Bank wie folgt ausgewiesen.

Angaben zum Buchwert und der Bilanzposten der dispositiven Währungs-Bewertungseinheiten:

Bilanzposten	Buchwert in Mio. €		Abgesichertes Risiko
	2011	2010	
Forderungen an Kreditinstitute	77	108	Währung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.717	1.657	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	55	114	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	200	115	Währung
Verbriefte Verbindlichkeiten	46.281	46.609	Währung
Nachrangverbindlichkeiten	454	508	Währung

Neben der sicherungsbedingten Bewertung und der Bilanzierung der Bewertungseinheiten nach § 254 HGB wird die periodengerechte Zinsabgrenzung der derivativen Geschäfte in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute (861 Mio. €), Forderungen an Kunden (116 Mio. €), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (692 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (36 Mio. €) ausgewiesen.

## Sonstiges

Im Geschäftsjahr 2011 betragen die Gesamtbezüge des Vorstandes der Bank 1.499 Tsd € (Vorjahr: 2.625 Tsd €). Für die einzelnen Vorstandsmitglieder wurde folgende Vergütung im Geschäftsjahr 2011 festgesetzt:

Angaben in Tsd €	Fixe Bezüge	Variable Bezüge	Sonstige Bezüge	Gesamt
Hans Bernhardt	<b>485</b>	<b>235</b>	<b>35</b>	<b>755</b>
Dr. Horst Reinhardt	<b>485</b>	<b>235</b>	<b>24</b>	<b>744</b>

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen sind zum 31.12.2011 insgesamt 15.007 Tsd € (Vorjahr: 15.385 Tsd €) zurückgestellt. An laufenden Versorgungsbezügen sind 1.216 Tsd € (Vorjahr: 1.200 Tsd €) gezahlt worden. Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates nahmen im Geschäftsjahr 2011 wie im Vorjahr keine Kredite in Anspruch.

Gemäß der geltenden Vergütungsregelung erhält der Vorsitzende des Verwaltungsrates eine fixe Vergütung von 25 Tsd € und sein Stellvertreter 12,5 Tsd €. Mitglieder, die Vorsitzende eines Ausschusses des Verwaltungsrates sind, erhalten 10 Tsd €, soweit nicht bereits eine höhere Vergütung bezogen wird. Verwaltungsratsmitglieder mit Ausschusstätigkeit werden mit 8,5 Tsd €, Verwaltungsratsmitglieder ohne Ausschusstätigkeit mit 7 Tsd € vergütet. Zusätzlich wird den Verwaltungsratsmitgliedern ein Sitzungsgeld von 0,5 Tsd € pro Sitzung gezahlt.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge unserer Verwaltungsratsmitglieder betragen 211 Tsd € (Vorjahr 220 Tsd €, jeweils mit Umsatzsteuer). In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgelistet (jeweils ohne Umsatzsteuer).

Angaben in Tsd €	Mitgliedschaft	Vergütung	Sitzungsgelder
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender)	01.01. - 31.12.	<b>25,0</b>	<b>3,0</b>
Ilse Aigner*	01.01. - 31.12.	<b>12,5</b>	<b>1,0</b>
Dr. Helmut Born	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>1,5</b>
Bruno Fehse	01.01. - 15.11.	<b>6,1</b>	<b>1,0</b>
Udo Folgart	01.01. - 30.06.	<b>3,5</b>	<b>0,5</b>
Heinrich Haasis	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>0,0</b>
Dr. Werner Hildenbrand	16.11. - 31.12.	<b>0,9</b>	<b>0,0</b>
Werner Hilse	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>2,0</b>
Dr. Benjamin-Immanuel Hoff	01.01. - 06.12.	<b>6,4</b>	<b>1,5</b>
Dietrich Jahn	01.01. - 30.06.	<b>4,3</b>	<b>0,0</b>
Wolfgang Kirsch	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>1,0</b>
Dr. Robert Kloos	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>1,0</b>
Franz-Josef Möllers	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>1,5</b>
Klaus-Peter Müller	01.01. - 31.12.	<b>10,0</b>	<b>1,0</b>
Manfred Nüssel	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>1,5</b>
Johannes Remmel	01.01. - 31.12.	<b>7,0</b>	<b>0,5</b>
Brigitte Scherb	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>2,0</b>
Norbert Schindler	09.08. - 31.12.	<b>2,9</b>	<b>0,5</b>
Dr. Klaus Stein	01.07. - 31.12.	<b>3,7</b>	<b>1,0</b>
Klaus Wiesehügel	01.01. - 31.12.	<b>8,5</b>	<b>0,5</b>
Herbert Wolff	01.01. - 31.12.	<b>7,0</b>	<b>1,0</b>
<b>Gesamtsumme</b>		<b>165,8</b>	<b>22,0</b>

\*) Spende Kinderdorf Irschenberg

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 267 Abs. 5 HGB, ohne Bankvorstände):

Personalbestand	2011			2010		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	<b>127</b>	<b>77</b>	<b>204</b>	<b>120</b>	<b>76</b>	<b>196</b>
Teilzeitbeschäftigte	<b>4</b>	<b>31</b>	<b>35</b>	<b>3</b>	<b>28</b>	<b>31</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>131</b>	<b>108</b>	<b>239</b>	<b>123</b>	<b>104</b>	<b>227</b>

Der wesentliche Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB:

	Eigenkapital Mio. € 31.12.2011	Anteil am Kapital %	Ergebnis Mio. € 2011
LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	<b>55,5</b>	<b>100,0</b>	<b>+2,0</b>
Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main (in Abwicklung)	<b>8,0*</b>	<b>25,1</b>	<b>-0,2*</b>
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	<b>12,2</b>	<b>100,0</b>	<b>-0,1</b>

\*) 31.12.2010

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat sich in Form einer Patronatserklärung verpflichtet, sofern und solange sie 100% der Anteile an der LR Beteiligungsgesellschaft mbH hält, dafür zu sorgen, dass die LR Beteiligungsgesellschaft mbH finanziell so ausgestattet wird, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.

Auf die Nennung weiterer Gesellschaften nach § 285 Nr. 11 HGB haben wir gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB verzichtet, weil sie für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung sind.

Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind im Konzernanhang enthalten.

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex ist auf der Internetseite der Rentenbank unter [www.rentenbank.de](http://www.rentenbank.de) öffentlich zugänglich.

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss sind auf der Internetseite der Rentenbank sowie im elektronischen Bundesanzeiger verfügbar und können darüber hinaus am Standort der Bank angefordert werden.

In der folgenden Übersicht werden die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB), die von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern wahrgenommen werden, gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB aufgeführt:

Hans Bernhardt	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin (Mitglied des Aufsichtsrates)
Dr. Horst Reinhardt	VR-LEASING AG, Frankfurt am Main (Mitglied des Aufsichtsrates)
Lothar Kuhfahl	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover (Mitglied des Aufsichtsrates)

## Organe

### **Vorstand**

Dipl.-Kfm. Hans Bernhardt  
Dipl.-Volksw. Dr. Horst Reinhardt, MBA

### **Verwaltungsrat**

#### **Vorsitzender:**

Präsident Gerd Sonnleitner  
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin

#### **Stellvertreter des**

#### **Vorsitzenden:**

Ilse Aigner  
Bundesministerin für Ernährung, Land-  
wirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin

#### **Vertreter des Deutschen Bauernverbandes e.V.:**

Generalsekretär Dr. Helmut Born  
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin

Präsident Udo Folgart  
Landesbauernverband Brandenburg e.V., Teltow/Ruhlsdorf  
(bis 30.06.2011)

Präsident Werner Hilse  
Landvolk Niedersachsen-Landesbauern-  
verband e.V., Hannover

Präsident Franz-Josef Möllers  
Westfälisch-Lippischer-Landwirtschafts-  
verband e.V., Münster

Präsidentin Brigitte Scherb  
Deutscher Landfrauenverband e.V., Berlin

Präsident Norbert Schindler, MdB  
Bauern- und Winzerverband, Rheinland-Pfalz Süd e.V.,  
Berlin, (ab 09.08.2011)

<b>Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.:</b>	Präsident Manfred Nüssel Deutscher Raiffeisenverband e.V., Berlin
<b>Vertreter der Ernährungswirtschaft:</b>	Präsident Bruno Fehse Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V., Bonn (bis 15.11.2011)  Dr. Werner Hildenbrand Sprecher GF Hengstenberg GmbH & Co KG stv. Vorsitzender der BVE, Esslingen (ab 16.11.2011)
<b>Landwirtschaftsminister der Länder:</b>	
<b>Berlin:</b>	Professor Dr. Benjamin-Immanuel Hoff Staatssekretär Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Berlin, Berlin (bis 06.12.2011)
<b>Nordrhein-Westfalen:</b>	Minister Johannes Remmel Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
<b>Sachsen:</b>	Herbert Wolff Staatssekretär Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Dresden
<b>Vertreter der Gewerkschaften:</b>	Klaus WieseHügel Bundsvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

**Vertreter des  
Bundesministeriums für  
Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz:**

Dr. Robert Kloos  
Staatssekretär, Berlin

**Vertreter des  
Bundesministeriums der  
Finanzen:**

Dietrich Jahn  
Ministerialdirigent, Berlin  
(bis 30.06.2011)

Dr. Klaus Stein  
Ministerialdirigent, Berlin  
(ab 01.07.2011)

**Vertreter von Kredit-  
instituten oder andere  
Kreditsachverständige:**

Klaus-Peter Müller  
Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
Commerzbank AG, Frankfurt am Main

Präsident Heinrich Haasis  
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin

Wolfgang Kirsch  
Vorsitzender des Vorstandes  
DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 9. März 2012

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand

Bernhardt

Dr. Reinhardt

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 9. März 2012

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard

Wirtschaftsprüfer

Liebermann

Wirtschaftsprüfer

## Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31.12.2011 sind durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der Konzernlagebericht wurden zum 31.12.2011 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Frankfurt am Main, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive der ergänzenden Lageberichte sowie den Geschäftsbericht für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss 2011 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend die Lageberichte 2011.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, € 21 400 000,- entnommen werden und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von € 49 000 000,- werden € 36 750 000,- der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den Bilanzgewinn von € 12 250 000,- in der Weise zu verwenden, dass € 6 125 000,- dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank) € 6 125 000,- für sonstige das Allgemeininteresse wahrende Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zur Verfügung gestellt werden.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Berlin, den 29. März 2012

DER VERWALTUNGSRAT  
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK

Der Vorsitzende  
Gerd Sonnleitner